



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)

52 (31.1.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-344372](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-344372)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspresse: In Mannheim u. Umgebung freies Haus oder durch die Post monatl. R. 2.80 ohne Bestellgeld. Bei evtl. Aenderung der wirtsch. Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postfach 17690 Karlsruhe Haupt-Geschäftsstelle B. U. 2. Haupt-Nebenstelle: H. 1, 4-6 (Wallersmühlweg), Nebenstellen: Waldhofstr. 6, Schwelmerstr. 10-20 u. Wiesenthalstr. 13. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheinungsdauer: 12mal. Fernsprecher 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigepreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einsp. Kolonnenzeile für 14 Tage. Anzeigen 0,40 R. M. Reklamen 3-4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorarbeiten für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Für die Redaktion sind keine Anzeigen zu liefern. Für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Auszüge durch Fernsprecher, ohne Gewähr. Gerichtsstand ist Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel, Aus Zeit und Leben, Mannheimer Frauenzeitung, Unterhaltungs-Beilage, Aus der Welt der Technik, Wandern und Reisen, Gesetz und Recht

Briand will Stresemann antworten

Franzosen zur Frage der Rheinlandräumung

Kommentare der Pariser Presse

Paris, 31. Januar. (Von unserem Pariser Vertreter.) Mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehenden Senats-erklärungen Briands über die auswärtige Politik Frankreichs enthält sich die Boulevardpresse eines Kommentars über die Stresemann-Rede. Eine Notiz, die zweifellos vom Quai d'Orsay stammt, sagt, daß Briand über die Ausführungen des Reichsaussenministers genau unterrichtet ist und Gelegenheiten nehmen wird, im Rahmen seines Exposés über eine Reihe außenpolitischer Fragen auch auf die Rede seines deutschen Kollegen zu antworten. Briand wird

auf folgende Interpellationen eine Antwort

zu geben haben: 1. Frankreich und Rußland, 2. Rheinlandräumung (Interpellant Senator Demery), 3. Deutsch-französische Beziehungen (Interpellant der nationalistische Senator Cecard, 4. die Außenpolitik Frankreichs im allgemeinen (Interpellant der Präsident der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Lucien Hubert). Briand wird wahrscheinlich auch über die französisch-amerikanischen Paktverhandlungen Näheres mitteilen.

Wie erwähnt, enthalten sich die großen Boulevardblätter eines Kommentars über das Exposé des Reichsaussenministers. Doch es fällt auf, daß sie die Stellen, an denen Dr. Stresemann über die Rheinlandräumung spricht, seit gedruckt bringen und gleichzeitig die Übereinstimmung zwischen dem Reichsaussenminister und dem Vorsitzführer der Sozialdemokraten, Breitfeld, hervorheben. In einem kurzen Hinweis macht der „Matin“ seine Leser darauf aufmerksam, daß zwischen der Auffassung Breitfelds und Paul-Boncourts ein Gegensatz besteht. Auch der „Petit Parisien“ unterstreicht die bekannte Tatsache, daß mit Ausnahme Paul-Boncourts die französischen Sozialisten mit den deutschen Sozialisten in der Räumungsfrage einig gehen.

Das linksstehende Blatt „Deuxième“ führt folgendes aus: „Das Exposé Stresemanns über die auswärtige Politik bekräftigt die Erwartungen, die man daran geknüpft hatte. Der Reichsaussenminister ist unbestreitbar ein richtiger Staatsmann. Keine unnütze Sprache, nichts Bänkisches oder Aggressives findet sich in seiner Rede. Sie bildet die einfache Analyse einer Politik, die stets von den Interessen des deutschen Volkes inspiriert war, aber auch, wie Stresemann sie vertritt, darauf bedacht ist, sich nicht hart gegen die Interessen der anderen Völker zu verhalten. Dr. Stresemann legt Wert darauf, Polen zu beruhigen, daß sich hinsichtlich des eben unterzeichneten deutsch-italienischen Vertrages beunruhigen zeigen könnte. Er erinnert mit Recht daran, daß er in Bezug auf die Bewachung des polnisch-italienischen Streifens mitgearbeitet hat. Liegt die Schuld an Stresemann, wenn es Woldemars vorgeschlagen hat, zuerst mit Berlin zu verhandeln und nicht, wie ihm geraten wurde, zuerst mit Warschau? Nach der Erklärung Stresemanns, daß Deutschland notwendigerweise sowohl mit seinen Ostländen, als auch mit seinen westlichen Nachbarn in Frieden leben müsse, wird niemand mehr diese Behauptung aufstellen können. Dem Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages, den das Reich wünscht, steht nichts mehr im Wege. Der Reichsaussenminister verherrlicht die Locarnopolitik“

Der Zwist im Zentrum

Berlin, 31. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Die Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums bekräftigt aufs neue die alte Erfahrung, daß auch die dicksten Mauern die absolute Geheimhaltung nicht sichern. So hört man jetzt, daß ein Vertrauensantrag für Marx zwar eingeleitet, hinterher aber zurückgezogen worden sei, daß Imbusch in der „Kirmischen“ Debatte betont hätte: Die kritischen Arbeiter würden nicht eher ruhen, bis Marx und Braun aus der Parteiführung ausgeschafft seien. Der „Vorwärts“ aber weiß noch mehr, er berichtet von einem Teilnehmer des Parteiausschusses, der nach der Tagung erklärt hätte, die Mehrheit des Ausschusses sei von der Notwendigkeit überzeugt,

in der Parteiführung möglichst bald eine durchgreifende Aenderung

einsetzen zu lassen. Auch das Manifest bekräftigt durch seine Einseitigkeit und durch das Fehlen eines positiven Eingehens auf die Gesamtpolitik der Zentrumspartei, daß die „Wolke des Herrn Marx nicht nur als Reichsführer, sondern auch als Parteivorherr bald schlagen werde.“ Wir haben unsere Eindrücke schon dahin formuliert, daß die Einigung vom Sonntag erzielt worden sei durch das lebhafteste Entgegenkommen gegen den Arbeiterflügel, dessen Niederlegung in den wortreichen Paraphrasen über das Problem der Sozialpolitik zu sehen ist.

Auch die sehr weit rechts stehende „Bärenszeitung“ hält es schon nach dem, was der offizielle Sitzungsbericht verrät, für fraglich, ob das Zentrum nach Erledigung der dringlichen Arbeiten noch lange in der Regierungskoalition bleiben werde. Die „Deutsche Tageszeitung“ freilich glaubt: Die Position des Kanzlers sei durch die gestrige

und stellt an ihre Spitze die Worte Briands: „Locarno ist nicht ein Ende, sondern ein Anfang.“ Besonders wichtig für uns ist, daß Stresemann auf die Erleichterungen hinweist, die in der Rheinlandräumung gewährt worden sind, aber die Okkupation selbst als auf die Dauer unvereinbar mit der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen bezeichnet. Auch der Erinnerung an Thoirs, wo Stresemann Briand eine finanzielle Unterstützung durch die Mobilisierung der Reichsbahnobligationen anbot, gebührt unser besonderes Interesse. Es scheint, daß die deutsche Regierung die Rheinlandräumung keineswegs ohne eine Gegenleistung verlangt, aber sie wird versuchen, einen möglichst billigen Preis herauszuschlagen. Die Rede des deutschen Außenministers ist durchaus gemäßig und äußerlich geschickt. Sicher wünscht Stresemann den Erfolg der demokratischen Parteien in den nächsten Wahlen. Mit einer Rechtsmehrheit in Frankreich und Deutschland würden die Verhandlungen über die Räumungsfrage einen brutalen Abschluß finden. Man würde im Jahre 1935 in einer ungünstigen, von Haß erfüllten Atmosphäre sich befinden. Die gefährlichen Träume mancher Nationalisten könnten dann in Erfüllung gehen. Es ist deshalb zu wünschen, daß man vor Ablauf der Räumungsfrist zu einer Verständigung gelangen möge.“

Im „Echo de Paris“ wird Stresemanns Rede, wie nicht anders zu erwarten war, als

ein äußerst gefährliches Manöver

bezeichnet. Vertinax, der außenpolitische Leitartikel des Blattes, ist aber nicht insofern, ein sichhaltiges Argument gegen die von Dr. Stresemann ausgesprochene Ablehnung einer ständigen Kontrolle des linken Rheingebiets ins Treffen zu führen. Er weist bloß darauf hin, daß die Rheinlandräumung als Druckmittel betrachtet wird, um den schwer getroffenen Damesplan zu garantieren. Außerdem würde Deutschland in dem Augenblick gefährlich sein und für Polen bedrohlich, wenn die französischen Truppen den Rhein verlassen hätten. Der Artikel des „Echo de Paris“ ist ein Aufsatsschauwinstlicher Ohrgefingelei.

Im „Figaro“ wird der sogenannten Offensive Stresemanns widersprochen und hervorgehoben, daß Deutschland entschlossen sei, für die frühere Rheinlandräumung nicht einen Pfennig zu bezahlen. Die ganze Rede Stresemanns, schreibt das Blatt, beweist, daß die deutsche Methode sich nicht geändert hat.

Dr. Stresemann scheint zu vergessen, daß Deutschland geschlagen wurde

und die Rheinlandbesetzung eine Garantie für Reparationen bedeutet. Frankreich hat auch erst zahlen müssen, bevor seine Territorien freigegeben wurden. Der „Figaro“ will nichts davon wissen, daß der Locarnovertrag für die Sicherheit Frankreichs hinreichend sei und wirft Deutschland die Neutralitätsverletzung Belgiens vor.

Gestern abend verlaute in französischen Regierungskreisen, daß Berlin auf der Grundlage einer Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone bis zum Jahre 1935 mit den Besatzungsmächten in Verhandlungen eingetreten wünsche. Stresemann werde auf der nächsten Reichstagung mit Briand und Chamberlain Vorbesprechungen pflegen, die sodann auf diplomatischem Wege weitergeführt werden sollen.

Aussprache und Beschlüsse „gestärkt“ worden. Wozu man nur sagen kann „Gott stärke diesen Glauben“. Auf eine plötzliche Krise, oder mit dem „Berliner Börsenkurier“ auf eine Entscheidung über das Schulgesetz bis spätestens zum Donnerstag in 8 Tagen braucht man darum doch nicht zu rechnen. Man wird weiter verhandeln, teils um Zeit zu gewinnen, teils um die Zeit hinzubringen.

In dieser pessimistischen Auffassung finden wir uns mit dem volksparteilichen Abgeordneten Kunkel zusammen, der in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in Eisleben am Sonntag rund und nett ausgesprochen hat, daß er von den weiteren Beratungen über das Reichsschulgesetz nicht mehr viel erwarte, und Dr. Kunkel hat ernst und sachlich und mit dem Eifer des Fachmannes an dem Geses mitgearbeitet.

Die Reichshilfe für die Landwirtschaft

Berlin, 31. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichsernährungsminister hat zwar zunächst im Haushaltsausschuß erklärt, daß das Kabinett 30 Millionen Mark für die Landwirtschaft zur Verfügung stellt und zwar zum Zwecke der Regulierung des Inlandsmarktes für Vieh und Fleisch. Die die Verwendung dieser Gelder im einzelnen erfolgen soll, welche speziellen Pläne man bei der Verteilung zu Grunde legen will, darüber liegt eine Äußerung des Reichsernährungsministers noch nicht vor. Wie wir hören, beabsichtigt Herr Schiele auch nicht, über diese, die Deckungslosigkeit ungemünz interessierende Frage sich auszulassen, weil das Problem in seiner ganzen Tragweite erst aufgerollt werden wird, wenn es im Reichstag zur Sprache kommt. Am Samstag ist dann eine neue mündliche Mitteilung erfolgt, wonach das Kabinett weitere 30 Millionen Mark für die Diszaktion bereitstellen gedenkt.

Der soziale Gedanke im neuen Deutschland

Von Wilhelm Ficht

Die Auffassung über soziale Probleme hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte wesentlich geändert. Die Umstellung mancher Werte, wie sie in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist, hat auch dazu beigetragen, daß Kreise und Volksschichten, die früher sozialen Gedankengängen nicht immer gerade nahestanden, ihre Notwendigkeit erkannt haben. Die Bedeutung dieser Wandlung wird in Arbeitnehmerkreisen heute manchmal noch nicht genügend verstanden. Man hält hier an alten Gedankengängen fest, ohne zu sehen, daß ein Neues hervortreten will, vielfach auch schon hervorgetreten ist, und ohne zu erkennen, daß das Beharren auf dem Standpunkt des Klassenkampfes nicht geeignet ist, die Entwicklung eines alle verbindenden sozialen Geistes in den anderen Volksschichten zu fördern.

Die Deutsche Volkspartei hat von jeher den sozialen Gedanken im neuen Deutschland betont. Wer die Arbeit ihrer Reichstagsfraktion in den letzten Jahren verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß sie mit hartem Willen — manchmal nach der Auffassung von Wirtschaftskreisen — bis an die Grenze des überhaupt Tragbaren die soziale Gesetzgebung gefördert hat. Insbesondere erkennt man in deutschvolksparteilichen Kreisen die Notwendigkeit, den sozialen Gedanken zu vertiefen und aus der Sphäre des Schlagwortes hinauszuführen. Dem diene eine Verammlung, die der Landesangehellenauschuß der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei zusammenberief. In dieser Verammlung sprachen die Reichstagsabgeordneten Minister von Raumer und Thiel über den sozialen Gedanken im neuen Deutschland. Ihre Ausführungen sind grundsätzlicher Art und haben insofern Bedeutung über den örtlichen Rahmen hinaus.

Schon die persönliche Stellung der Redner ist interessant. Während Herr von Raumer im Lager der vorerwähnten Industrie führend tätig ist und auch als einer der Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft bekannt wurde, ist Otto Thiel der Angehellenführer der D.V.P.

Die beiden Redner gingen von verschiedenen Gesichtspunkten an das Thema heran. Herr von Raumer, der den überlebten Herrenstandpunkt für den Arbeitgeber rundweg ablehnte, gab einen Überblick über die Ideenentwicklung, die sich im großen Kreis des Arbeitgeberlagers vollzogen hat. Reichstagsabgeordneter Otto Thiel ging von der praktischen Arbeit der volksparteilichen Reichstagsfraktion aus und setzte sie in Beziehung zu den sozialpolitischen Problemen des Tages. Beide Redner ergänzten sich dabei in glücklicher Weise.

Herr von Raumer erklärte, der Hauptzweck der Wirtschaft sei, dem Volksganzen zu dienen! Der Gedanke der Pflicht gegenüber der Gesamtheit beherrsche heute ganz anders als früher die Arbeitgeber. Auch bei den führenden Persönlichkeiten der großen Konzerne trete immer stärker der Gedanke in den Vordergrund, daß sie der Allgemeinheit verantwortlich seien. Immer mehr wachse die Erkenntnis, daß eine hochqualifizierte, dementsprechend bezahlte und auch von innerem Interesse für den Arbeitsprozeß erfüllte Arbeitnehmerschaft das Rückgrat der modernen Industriewirtschaft sei. Den Arbeitnehmer auch seelisch wieder mit der Arbeit zu verbinden und ihn mit Arbeitsfreude zu erfüllen, sei das große Problem des Zeitalters der Technik. Es müsse erreicht werden, daß sich der Arbeitnehmer trotz der fortschreitenden Mechanisierung, Typisierung und Spezialisierung als Mitschaffender an einer großen, gemeinsamen Aufgabe fühle. Der Wert der Zentralarbeitsgemeinschaft habe nicht zuletzt darin bestanden, daß sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Gedanken des gemeinsamen Dienstes für die Entwicklung der Volkswirtschaft verbunden habe. Die Zentralarbeitsgemeinschaft sei zwar nicht mehr vorhanden, aber dieser ihr tiefer Sinn sei nach wie vor richtig.

Auf die Praxis der Sozialpolitik eingehend, zeigte Otto Thiel die große Fülle der Einzelfragen, die hier auftauchen, der Lösung harren und das Gesamtbild der heutigen Sozialpolitik für die nicht Eingeweihten fast verwirrend gestalten. Als eine der Fragen, die zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehen, behandelte er u. a. das Problem der älteren Angehörigen. Ähnliche Angaben zeigen, daß auf dem Stellenmarkt immer nur ganz junge Kräfte angefordert werden, trotzdem beispielsweise die Berliner Handelskammer im Sommer 1927 darauf hingewiesen hat, daß die älteren Kräfte über reiche Erfahrungen verfügen. Ausführlich ging er dann auf das Gebiet der sozialen Kosten ein. Vele man die Zahlen, so werde man zweifellos sehr ernst gekümmert. Wir haben in der Sozialversicherung im Jahre 1913 einen Aufwand von 1,312 Milliarden gehabt, der 1927 3,258 Milliarden betrug. Der Aufwand aus Mitteln des Reiches ist von 58 Millionen 1913 auf 890 Millionen im Jahre 1927 gestiegen. Dabei sind diese Steigerungen der letzten Jahre im wesentlichen unter bürgerlichen Regierungen zustande gekommen! Das muß namentlich gegenüber sozialistischer Kritik festgehalten werden. Besonders ernst liegen die Dinge bei der Invalidenversicherung. Obwohl die Beiträge gegen die Friedenszeiten verdrückt wurden, muß heute die Gesamtheit der letzten Beiträge nur dazu benutzt werden, um die gegenwärtigen Renten zu erhalten. Die Verluste in der Angestelltenversicherung, deren Beiträge zurzeit übrigens niedriger als in der Vorkriegszeit sind, betragen durch die Inflation rund eine Milliarde Mark. In der Sozialversicherung muß man auf die Wiedereinführung des Anwartschaftsbedarfsverfahrens hinarbeiten. Nachdem Thiel dann noch über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und das Schlichtungsverfahren gesprochen hatte, wandte er sich kurz auch der Reorganisation des zukünftigen Reichswirtschaftsrates zu

und verlangte, daß im Gesetz die Folgen der zu benennenden Arbeitnehmers getrennt für Arbeiter und Angestellte vorzusehen sein müßten.

Durch das ganze Referat zeigte sich wie ein roter Faden die Bestrebung hindurch, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei immer wieder für praktische Sozialpolitik eingetreten ist, daß daneben aber die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokraten mit ihren utopischen Tendenzen sich für die Angelegenheiten geradezu latente abzuwirken müßten.

Es ist natürlich nicht möglich, in einem kurzen Referat alle die Einzelheiten der Referate und der sich anschließenden Debatte festzuhalten. Was wir aber grundsätzlich feststellen möchten, ist folgendes: Wir ringen heute nicht mehr so sehr darum, in den bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit der Sozialpolitik zur Anerkennung zu bringen, wir ringen vielmehr darum, in den Arbeitnehmerschichten das Bewußtsein wachzurufen, daß sich hier eine starke Wandlung für den sozialen Gedanken vollzogen hat. Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen keineswegs bis in alle Einzelheiten immer derselben Auffassung zu sein. Notwendig ist aber eine Verständigung auf beiden Seiten, durch gegenseitiges Verständnis der Allgemeinheit zu dienen. Leider glaubt man noch vielfach in falsch unterrichteten Arbeitnehmerschichten, die Sozialdemokratie habe ein Anrecht darauf, sich als die politische Arbeitnehmervertretung hinzustellen. Wer genau zuseht, weiß, daß sie dieses Anrecht heute trotz äußerer Stärke bereits verloren hat. Sie hat ihren Höhepunkt überschritten, weil sie nicht mehr imstande ist, neue schöpferische Ideen herauszuarbeiten. Mit dem Klassenkampfgedanken läßt sich, mag er auch da oder dort praktisch abzuwehren werden, der zukünftige Aufbau Deutschlands nicht herbeiführen. Er kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die Einheit der Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herzustellen, wie es in den von uns in großen Zügen wiedererwachten Referaten geschildert wurde.

Die Forderungen des Reichslandbundes

Die Vertreterversammlung des zur Zeit in Berlin tagenden Reichslandbundes veröffentlicht eine Erklärung, in der zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft die bekannten programmatischen Forderungen gestellt werden. Bei den sozial- und handelspolitischen Forderungen wird u. a. die Kündigung aller jetzt mit einer Schädigung des Schutzes der Landwirtschaft zusammenhängenden Handelsverträge zum frühestmöglichen Termin gefordert. Der Zolltarif müsse neu dahin gestaltet werden, daß er eine Sicherung dafür gewähre, daß in den Handelsvertragsverhandlungen die landwirtschaftlichen Ziele nicht unter das Maß heruntersinken würden, das für die Stärkung der heimischen Produktion und damit eine Erhaltung der Handelsbilanz notwendig sei. In finanzpolitischer Hinsicht wird

die Abschaffung der Auslandskredite

in dem für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion notwendigen Maße gefordert. Da diese Auslandskredite die Zahlungsströme berühren, müßte die Entscheidung über ihre Zulassung in die Hand des für die deutsche Währung verantwortlichen deutschen Reichsbankpräsidenten gelegt werden. Zur Unterstützung aller Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft wird u. a. auch Propaganda gegen ausländische Konkurrenz verlangt. Auf neuere politische Gebiete fordert die Erklärung die Verringerung der die Landwirtschaft drückenden verschiedenen Steuern wie der Grundvermögenssteuer bzw. Grundsteuer, eine Gebäudefiskusdumsteuer, wie auch eine Fabrik- und Zuchtsteuer wird als völlig unerschwerlich abgelehnt. Zur Arbeiterfrage verlangt die Erklärung die sofortige Schaffung einer den Verhältnissen des freien Landes Rechnung tragenden Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung. Bezüglich der Saisonarbeiterfrage wird die Aufhebung der die Landwirtschaft treffenden Ausnahmeverordnungen über die Kontingenterstellung ausländischer Landwirtschafts-Saisonarbeiter verlangt. Die Einstellung solcher Arbeiter müsse der Prüfung der mit den örtlichen Verhältnissen korrespondierenden Ausländerüberlässe bleiben. Die Landwirtschaft müsse in die Lage versetzt werden, ihren Arbeitern einen Lohn zu bezahlen, der den in Handel und Industrie für gleichwertige Arbeit gezahlten Löhnen entspreche.

* Argentinien will wieder in den Völkerbund. Der von seiner Europareise zurückgekehrte argentinische Außenminister Dr. Gallardo erklärte in Buenos Aires, er sei sehr überzeugt, daß für Argentinien der Wiedereintritt in den Völkerbund ratsam sei.

* Kommunismusempfehlung aus der Türkei. Wie aus Ankara gemeldet wird, sind unter dem Verdacht, kommunistische Propaganda getrieben zu haben, rund 70 Arbeiter verhaftet worden. Sie sollen aus der Türkei ausgewiesen werden.

Der Berliner Presseball

Das große gesellschaftliche Ereignis der Reichshauptstadt, der Presseball, ist vorüber und damit der Höhepunkt der Berliner Winterferien überschritten. Wie in jedem Jahr, so hat auch diesmal eine großartige Revue der Berliner Gesellschaft stattgefunden, bei der niemand fehlt, niemand zu fehlen wagt, der irgendwem gesellschaftlich voll genommen zu werden wünscht. Alle „Prominenten“ aus Politik, Wissenschaft, Schrifttum, Kunst und Theater waren mit allen neuen Köpfen vertreten, die der Öffentlichkeit von jeder bekannt sind, die von neuem zu entdecken, aber trotzdem eine Art von Sozi für alle diejenigen Jahre ist, die nicht jeden Tag Gelegenheiten haben, mit einem Minister oder mit einer Filmdiva in gesellschaftliche Verbindung zu kommen. Der Hauptteil der Unterhaltung bei dem Berliner Presseball wird dabei durch die große Parade bestreift, die an der großen Ehrenloge im Hauptsaal des Zoo sich vorüberzieht. Kolonnen folgen aufeinander, wie man sie in der Inflationszeit vor den Wintergärten erklärte, auch die Berühmtheit ist eben rationiert, desgleichen die Schönheit. Denn nicht jede weibliche Größe, die hier in den Logen sich huldvoll den Blicken der Menge zeigt, wenn sie es nicht gar unternimmt, sich selbstlos unter das Volk zu mischen, zeichnen sich durch besondere körperliche Vorzüge aus.

Ueberhaupt ist es um die Stilleheit des gegenwärtigen gesellschaftlichen Treibens wenig erfreulich bestellt. Von einem individuellen Modestil kann überhaupt keine Rede sein. Man trägt lange Kleider, man trägt kurze Kleider man trägt Stille, man trägt enganliegende Kleider, man trägt Stoffe der verschiedensten Art und in jeder Modart, bei der sogar der bloße Hals geschlossene Vorderteil ausfällt, während der Rücken sonstigen bis zur äußersten Grenze entblößt bleibt. Keine Ballbesucher könnten der Meinung sein, manche Dame hätte ihr Kleid verkehrt angezogen und der Rücken ausblößt sei vielleicht für die „Front“ bestimmt. Aber das ist keineswegs so, hier präsentiert sich neueste Mode, neuester Stil. Weibliches gilt von einer Art Schlepp, die die ganz mondäne Dame vorn zu tragen liebt, während der Rock hinten kurz ist. Dann aber ist es bei manchen umgekehrt. Kurz und gut ein vollständiges Chaos des Stils, das wohl kaum in einer anderen Weltstadt möglich wäre. Dasselbe gilt von den Herren. Verehrlich ist, daß das weiße Wollkostüm sich, wenn auch vorläufig schüttern, durchzusetzen vermocht hat. Einmal Tolleiten dieser Art erwiderten durch ihre feierliche Wirkung gerade in diesen Räumen Kassen und Bewunderung. Zum Teil ist allerdings die Stilleheit den

Die Verhandlungen mit Litauen

Das deutsche amtliche Communiqué

Ueber das Ergebnis der deutsch-litauischen Verhandlungen wird folgendes amtliche Communiqué abgegeben:

Während der Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten Prof. Wolde maras in Berlin sind zwischen ihm und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Anzahl die politische und wirtschaftliche Gesamtlage zwischen Deutschland und Litauen berührende Fragen besprochen worden. Die beiden Minister haben eine weitgehende Uebereinstimmung ihrer Ansichten feststellen können.

Als Ergebnis dieser Besprechungen

ist zunächst die Verständigung über einen allgemeinen Schiedsgericht, und Vergleichsvertrag zu erwägen, der von den beiden Staatsmännern im Ausdrücklichen Amt unterzeichnet worden ist. Durch den Vertrag, der in seiner Einleitung auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hinweist, werden nach dem bekannten Muster alle Rechtsstreitigkeiten einem Gerichts- oder Schiedsgerichtverfahren, alle politischen Streitigkeiten einem Vergleichsverfahren unterworfen.

Die Gelegenheit ist ferner benutzt worden, um einige Verträge technischen Charakters zum Abschluss zu bringen, nämlich einen Vertrag über die Regelung der deutsch-litauischen Grenzverhältnisse, ein Fischerabkommen, ein wasserwirtschaftliches Abkommen und ein Militärabkommen.

Auf dem Gebiet der Handelsvertragsverhandlungen, die im Juli vorigen Jahres eingeleitet wurden, ist ein wesentlicher Fortschritt dadurch erzielt worden, daß die wichtigsten für die Weiterführung der Verhandlungen festgelegt und verschiedene Punkte grundsätzlich geklärt werden konnten.

Endlich haben Herr Dr. Stresemann und Herr Wolde maras sich bemüht, die Schwierigkeiten auszuräumen, die zwischen den beiden Regierungen durch eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten betreffende Fragen entstanden waren. Auch diese Bemühungen sind von Erfolg gewesen, da es gelungen ist, über die kritischen Fragen ein Einverständnis zu erzielen. Die beiden Minister haben sich hierbei auch über die künftige Behandlung von Meinungsverschiedenheiten verständigt, die etwa in Zukunft in Angelegenheiten dieser Art entstehen könnten. Auch in Sachen der noch im Einzelnen zu verhandelnden Örtlichkeiten ist eine befriedigende Regelung getroffen worden. Schließlich hat die Frage der Niederlassung, des Aufenthalts und der Ausweisung der beiderseitigen Staatsangehörigen eine vorläufige befriedigende Lösung gefunden.

Letzte Meldungen

Dr. Stresemanns Erholungsdurlauf

Dr. Stresemann seinen Urlaub erst in der zweiten Februarhälfte nehmen wird. Man nimmt an, daß bis dahin der rumänische Ministerpräsident Titulescu seinen angemeinerten Besuch in Berlin abgelehnt haben wird.

S 8 unbeschädigt wiedergefunden

Berlin, 31. Jan. Nach einem Funkpruch aus Washington ist das seit Samstag nachmittag vermißte Unterseeboot S 8 unweit der Guantanamo-Bel wieder gefunden worden. Es ist bisher unbekannt, das welchem Grunde das Boot zwei Tage lang un auffindbar war.

Die Sachlieferungsbetrugsaffäre

Paris, 31. Jan. Im Zusammenhang mit der Sachlieferungsbetrugsaffäre wurde gestern der Kaufmann Paul Ketter aus Straßburg verhaftet.

Neue Kämpfe in Mexiko

Mexiko City, 31. Jan. Aus dem Staate Michoacan wird ein heftiges Gefecht zwischen 1000 Mann Bundesstruppen und 600 Aufständischen gemeldet, die am 27. Januar aus ihrer starken Gebirgsstellung verdrängt worden seien. Die Bundesstruppen hätten 16 Tote und 12 Verwundete zu beklagen.

Ein Attentat auf Cosgrave?

New York, 31. Jan. Nach einer Meldung aus Ottawa ist der Jun, in dem sich der irische Präsident Cosgrave befand, etwa dreißig Kilometer von Ottawa entfernt, entgleist. Zwei Reisende wurden sofort getötet und sieben verletzt. Cosgrave selbst blieb unversehrt. Man hält es für möglich, daß es sich um ein Attentat gegen Cosgrave handelte. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Theaterkrisen im Reich

Die Krise an den städtischen Bühnen in Frankfurt a. M. ist noch nicht beigegeben. Die Untersuchungen des Unterausschusses, den die Stadtverordnetenversammlung einsetzte, sind jetzt abgeschlossen. Der Ausschuss beantragt Bewilligung der Beträge, welche die Magistratsvorlage zur Deckung des Defizits für 1928 forderte. Die Zuschussbewilligungen für das laufende Jahr 1928 erfolgen von Monat zu Monat nach genauer Prüfung der Unterlagen. Ueber die Frage der zukünftigen Betriebsform der städtischen Bühnen ist man noch wie vor im Unklaren. Eine Verpachtung des Schauspielhauses wird jedoch nicht gelassen. Von sozialdemokratischer Seite wird die Wiederherstellung der Bühnen in städtische Hände gefordert. Für diese Kommunalisierung sind die anderen Fraktionen aus Frankfurt, das Frankfurter Theaterwesen würde an zu vielen Beamten erst recht krank werden, jedoch nicht zu haben.

Der Würzburger Stadtrat genehmigte für den schmonatigen Theaterbetrieb 1928 — allerdings unter Bedingung der „großen Oper“ — einen Zuschuß von 300 000 M. Damit ist die Fortführung des Betriebes des Stadttheaters die ge-

Der neue Berliner Betrugsfall

Berlin, 31. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Der Kreis der bei der Lombardgeschichte verhafteten Personen hat sich vergrößert. Frau Bergmann ist unter dem Verdacht der Mittäterschaft an den Betrugereien ihres Mannes verhaftet worden. Frau Bergmann befand sich mit ihrer Schwester und einem Angehörigen ihres Mannes, dem Kaufmann Kraus zum Winterport in Garmlisch-Partenkirchen. Dort hat am Samstag die bayerische Kriminalpolizei auf Ersuchen der Berliner Behörde die Verhaftung vornehmen wollen. Die Kriminalpolizei fand jedoch die Gesuchten nicht mehr vor. Diese waren anscheinend

telegraphisch gewarnt

worden, denn sie hatten ein Telegramm erhalten „Frau Bergmann schwer erkrankt“. Das muß wohl ein verdrorbener Vorfall gewesen sein, denn Frau Bergmann und ihre Beauftragten haben daraufhin sofort Garmlisch verlassen und sind nach München weitergefahren. Frau Bergmann ist von dort mit ihrer Schwester nach Berlin gereist. Kraus ist mit dem Auto Bergmanns geflüchtet. Man nimmt an, daß er über die nahe Grenze geflohen ist. Die Beamten sind bis in die tiefe Nacht hinein im Amtsgericht Moabit mit Vernehmungen beschäftigt gewesen. Auch heute vormittag sind wieder zahlreiche Briefe von Beschädigten eingelaufen. Eine Reihe von Gläubigern ist von der Provinz nach Berlin gekommen. Ueber das Vermögen Bergmanns und seiner Firma ist Konturs verhängt worden. Der Altonaer Polizeipräsident Dr. Barth, der unter den Personen genannt wurde, die ein ähnliches Zeugnis über die Angelegenheit gegeben hatten, erklärte, er habe im Jahre 1925 eine Spurenlage von 2000 M bei der Firma gemacht, die er dann an einen Verwandten abgetreten habe. Er habe lediglich das sachliche Urteil abgegeben, daß für die Spurenlage eines Verwandten nämlich die Fiktion bestanden sei. Ein Werturteil über die Firma abzugeben, habe er ausdrücklich abgelehnt und sich auch den Mißbrauch seines Namens energisch verweigert.

Der Prozeß Schred

Der Strafantrag

Leipzig, 31. Jan. Im Hochverratsprozeß Schred beantragte der Anklagevertreter gegen Schred als einen Landesverräter allergrößten Formals zehn Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Vollstreckung. Gegen Koch beantragte er zwei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und gegen den Mitangeklagten Schulz sechs Monate Gefängnis.

In seiner Anklagerede führte der Staatsanwalt aus, die Fälschungen Schreds hätten offenbar den Zweck verfolgt, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu hindern und die in Locarno angebotene deutsch-französische Verständigung zu stören. Daß in der Berliner Dankschreiben, Anhaltstraße 1, höchst gefährliche Dinge betrieben worden seien, geht aus den Befundungen über den mutmaßlichen Ursprung des schwerzeit geradezu weltbewegenden Einwohnertreffes hervor.



Deutsche Volkspartei

Am Mittwoch, 1. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saal der Wirtschaft Knudell, Stengelbastei, 1, die Bezirksversammlung Rheinau statt.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Stadtrats Flaxer Rath über „das kommende Reichstagswahlgesetz“.
- 2. Wahl des Vorstandes.
- 3. Verschiedenes.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde dazu sehr ein. Der Vorstand.

Am Mittwoch, 1. Februar, abends 8 Uhr findet in der Geschäftsstelle, Pameyerstr. 17, eine

gefehlige Zusammenkunft der Frauengruppe

statt und bitten um vollständiges Erscheinen.

Der Frauenauschuss.

Die Bewilligung neuer Mittel hat der Würzburger Intendantur Mut zu neuen Taten gemacht. So plant sie a. B. eine Uraufführung der „Antigone“ von Ludwig Büchel zusammen mit Gluck „Drosens“ in eigener dramatischer Bearbeitung im Rahmen einer Festwoche des hiesigen Dramas, wobei die neuen Sprech- und Bewegungsbühnen des Stadttheaters mit über 100 Teilnehmern zum ersten Male mitwirken werden.

Das Altonaer Bürger Landes-Theater hat sich durch die Zusage des Schüringer Landtages, der das Uebernehmen der Theaterverwaltung nicht mehr zulassen und die Intendanten persönlich verantwortlich machen will, vor die Wahl gestellt, entweder die Spielzeit bedeutend zu verkürzen oder die große Oper einzulassen zu lassen; denn alle Anstrengungen des Generalintendanten Verg. Esler, ein Defizit von rund 300 000 M im Vorausschlag für das kommende Spieljahr zu vermeiden, waren vergeblich. Der Generalintendant hatte nun aber dem Staatsminister Dr. Veittheimer einen neuen Voranschlag unterbreitet, der von den ausländischen Stellen in der Regierung gebilligt worden ist, aber nach durch amtliche Verfügung angenommen werden muß. Der Plan besteht das Defizit durch Umarüstung und Abreise, wobei auch die Reaktionen entgegenkommen mitwirken. Somit stellen dem Altonaer Landes-Theater die große Oper und die ganzjährige Spielzeit voraussichtlich erhalten.

Da über die Weiterführung des Grazer Theaterbetriebes in dem eingeschränkten Umfang (Schauspiel und Operette) Verhandlungen in der Richtung erfolgen werden, daß das Opernhaus überhaupt abgerüstet und nur mehr Schauspiele im Schauspielhaus aufgeführt werden sollen, teilte der Bürgermeister in der Sitzung des Gemeinderats mit, daß der Verwaltungsausschuss der städtischen Bühnen beschlossene habe, sämtliche Verträge mit dem Verlonal am 1. Februar zu kündigen. Der Bürgermeister teilte ferner mit, daß eine Offerte für die Pachtung der beiden städtischen Theater eingelaufen sei, und daß auch das Theaterpersonal Vorschläge über die Weiterführung der Theater erhalten werde.

Kindermund

Die kleine Ott Müller ist zum ersten Mal von ihrer Mutter in die Schule gebracht und dem Herrn Lehrer persönlich übergeben worden. Der Lehrer sieht die Kisten noch und fragt das Kind: „Wie kommt es mein Kindchen, daß Du Ott Müller heißt und die Mama Frau Schulze?“ Worauf Ott Müller antwortet: „Klugenbrunnen hochsteht und laut: „Herr Lehrer, das kommt daher, daß ich Mutter, als Bati tat war, wieder verheiratet hat und ich nicht.“

Städtische Nachrichten

Presestimmen zur Bürgermeisterwahl

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ bemerkt u. a. zur Wahl des Oberbürgermeisters Dr. Seimerich und des Bürgermeisters Büchner:

Wäre die Stadt Mannheim in der letzten Zeit von großer Bedeutung. Wenn auch gewiss nicht alles, so hätte doch außerordentlich viel von den führenden Männern der Stadtverwaltung, auch besonders von der Persönlichkeit des Stadtoberhauptes, ob die Wahl eine glückliche war? Dürfen wir von den neuen Männern erwarten, daß sie die arden Hoffnungen erfüllen, die die Bürgerschaft mit der Wahl durch ihre Vertretung verknüpft hat? Natürlich kann diese Frage heute nicht beantwortet werden. Sowie es aber gesagt werden, daß die Mehrheit des Bürgerschaftsausschusses nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat, daß sie einen arden Teil der Geschäfte unserer Stadt Männern anvertraut hat, zu denen man das Vertrauen haben darf, daß sie ihren Posten voll und ganz ausfüllen. Der unersetzliche Streit, der in der Öffentlichkeit vor der Wahl geführt worden ist, wird nun — so hoffen wir — der Vergessenheit anheimgelassen. Das Wohl der Allgemeinheit muß der einseitige Gesichtspunkt sein, unter dem Oberbürgermeister und Bürgermeister ihren Posten auszufüllen haben. Dazu gehört allerdings auch, daß die gesamte Bürgerschaft den neuen Männern ohne Vorurteil begegnet und ihnen das Vertrauen nicht vorenthält, das zur Ausübung so hoher Ämter unentbehrlich ist. Aus diesem Grunde gehen wir uns auch der Hoffnung hin, daß die neuen Parteien sich zur vertrauensvollen Mitarbeit mit der gesamten Stadtverwaltung bereitfinden, die bei der Wahl ihre Stimme nicht den leeren Gewählten gegeben haben.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung der Stadtverwaltung und die wieder notwendige gemeinsame Arbeit aller, denen die Bürgerschaft ihr Mandat zur Wahrnehmung der Geschäfte Mannheims anvertraut, dürfte in der Tatsache begründet liegen, daß sich Freunde und Gegner der Gewählten in dem einen Punkte doch einig waren, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit, der gute Wille und die fachlichen Qualitäten des neuen Oberbürgermeisters und Bürgermeisters von niemandem bestritten worden sind. Von beiden Männern sind wir überzeugt, daß sie wie in ihren bisherigen Wirkungskreisen so auch in Mannheim ihr Bestes hergeben und ihr ganzes Können einsetzen werden, um dem Wohle der Stadt und aller ihrer Bürger ihre Arbeit zu leisten. Es ist das erste Mal in der Geschichte Mannheims, daß an die Spitze der Stadtverwaltung ein der sozialdemokratischen Partei angehörender Oberbürgermeister berufen wird. So stolz die Mannheimer Sozialdemokratie auf ihren Erfolg sein darf, den Oberbürgermeister gestellt zu haben, ebenso wird sie sich aber auch darüber klar sein, daß das Maß von Verantwortung ein außerordentlich großes ist, das sie mit der Präsentation des Oberbürgermeisters auf sich genommen hat. Die Zentrumsfraktion konnte der Wahl Dr. Seimerichs sowohl aus sachlichen wie aus den eben genannten politischen Gründen ohne Bedenken zustimmen.

Mit ganz besonderer Freude können wir sodann feststellen, daß nun auch in der Führung der Mannheimer Stadtverwaltung ein Zentrumsmann maßgebenden Einfluß erhält. In Herrn Regierungsbaurat Büchner begrüßen wir aber nicht nur den Parteifreund, sondern auch einen hervorragenden Fachmann für technische und wirtschaftliche Fragen, der unserer Stadt vermögliche Kenntnisse und nicht zuletzt auch durch seine im Landtag gewonnenen ausgezeichneten Beziehungen zur badiischen Regierung und Volksvertretung wertvolle Dienste zu leisten können. Das Zentrum hat bekanntlich schon seit Jahren den Standpunkt vertreten, daß in die Mannheimer Stadtverwaltung an führender Stelle ein Techniker gestellt. Dieser Gesichtspunkt war maßgebend bei der Auswahl des Kandidaten sowohl bei Herrn Ministerialrat Seeger als auch bei Herrn Baurat Büchner. Seeger hat seinerzeit zur Überzeugung des Mannheimer Zentrums auf seine Kandidatur verzichtet, und wir sind noch verpflichtet, die Gründe hierfür kurz anzugeben. Herr Seeger hat zunächst seine Aufgabe davon abgesehen gemacht, daß er eine größere Mehrheit als nur die beiden Parteien erhalte, die ihn vorschlagen würden. Die Wahl Büchners hat bewiesen, daß Herr Ministerialrat Seeger diese Befürchtung nicht hätte zu hegen brauchen. Dazu kam dann aber das Bestreben der Regierung, nicht zuletzt des Finanzministers, die in Karlsruhe hochgeschätzte Arbeitskraft des Ministerialrats dem Lande Baden für wichtige Aufgaben zu erhalten, die in der Stadt zu lösen hat. Eine letzte Bestimmung mag wohl auch die Befähigung und scharfe Polemik der „Volksstimme“ in der Rheinbrückenstraße bei Herrn Seeger hervorgerufen haben. Die Tatsache, daß er mit einer ganz respektablen (?) Mehrheit gewählt wurde, mag ihm der beste Beweis dafür sein, daß die große Mehrheit der badiischen Kollegien und damit der Mannheimer Bürgerschaft seine Nominierung begrüßt hat und seinem Wirken in Mannheim mit großem Vertrauen entgegensteht.

Die „Volksstimme“ schmettert nicht minder Siegesfanfaren. „In der Geschichte der Stadt Mannheim“, so führt

das sozialdemokratische Blatt u. a. aus, „ist die Wahl von allergrößter Bedeutung und wird zu gleicher Zeit einen Abschnitt der kommunalpolitischen Kämpfe auf dem Rathaus abschließen und einen neuen beginnen. Die werklagige Bevölkerung, insbesondere ihre politische Vertretung auf dem Rathaus, die Sozialdemokratie, kann zu diesem Erfolg besonders stolz sein, denn der übergroße Mehrheit aus der Wahl hervorgegangene Kandidat Dr. Seimerich ist eine Persönlichkeit und eine Kraft, die sich in der neuen Stellung bewähren wird. Das kann gesagt werden, ohne Vorurteilvorbehalten anzutreten. Mit Dr. Seimerich steht der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister in Baden auf dem Rathaus.“

Die „Volksstimme“ kann die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, bei einem Rückblick auf den Wahlkampf sich an der Deutschen Volkspartei zu erinnern, die die Kandidatur gehabt habe, ihre beiden Kandidaten auf den Schild zu erheben und durchzuführen. In Verbindung damit wird Oberbürgermeister Fritze noch einmal verächtlich zu machen versucht, weil er sich anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Mannheim im schlagfröhlichen Kreise nicht nach dem Gesinnung der „Volksstimme“ vergnügt hat. Auch Dr. Fritze bekommt einen Wink, weil er die Sozialdemokratie nicht vorher gefragt hat, ob sie mit seiner Aufstellung einverstanden sei. Dem neuen Bürgermeister geht, so fährt das Blatt weiter aus, ein guter Ruf voraus, sodas die Sozialdemokratie ohne Bedenken für ihn stimmen konnte. Er gilt als ein zuverlässiger und aufrichter Republikaner... Die Wahl kam zustande ohne ein Bindung nach irgend einer Seite und das schafft eine freie Bahn, sowohl für die beiden Herren wie für die Gruppen, die ihnen ihre Stimme gegeben haben.

Die „Arbeiter-Zeitung“ beschränkt sich vorläufig auf die Bemerkung, daß die Stadt in Zukunft von der Belmorer Koalition regiert werden dürfte. Der „Einfluß der Schwarzen“ auf dem Rathaus habe durch die gestrige Wahl eine erhebliche Verstärkung erfahren.

Das „Mannheimer Tageblatt“ meint, es wäre erwünschter gewesen, wenn die Wahl weniger nach Gesichtspunkten irgend einer Partei und mehr nach dem Gesichtspunkte der Persönlichkeit erfolgt wäre. Dr. Seimerich hätte dann eine parteiunabhängige Mehrheit gefunden. So werde er die Kreise, die den zweiten und dritten Kandidaten in Vorführung gebracht haben, durch die Persönlichkeit seiner Amtsführung und die Erfolge seiner Tätigkeit erst noch zu überzeugen haben.

*** Freuzenz der städtischen Krankenanstalten.** Am 21. Januar befanden sich in den städtischen Krankenanstalten 1076 Kranke (619 männliche, 457 weibliche), und zwar im Krankenhaus 639, im Spital für Lungenkranke 103, im Genußmittel-Rückfallkranke 14, von den im Krankenhaus befindlichen Kranken waren 34 in der medizinischen Abteilung, 273 in der chirurgischen Abteilung, 103 in der dermatologischen Abteilung, 80 im Säuglingskrankenhaus, 71 in der dermatologischen Abteilung, 22 in der Abteilung für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und 15 in der Abteilung für Augenkrankheiten. In der Heimabteilung sind 83 Kinder zur Verpflegung untergebracht.

*** Von der Wärdplatte erschlagen.** In einem Laufe in G 7 ist gestern nachmittags eine an die Hofmauer angelehnte Wärdplatte umgefallen und hat einen 3/4 Jahre alten Knaben, der mit anderen Kindern dort spielte, derart verletzt, daß er bei seiner Einlieferung in das städt. Krankenhaus gestorben ist. Untersuchung ist eingeleitet.

*** Verlebensfälle.** Im Allgemeinen Krankenhaus wurden gestern eingeliefert: ein 50 Jahre alter Schlosser, der in einem Verlebe an der Sandhoferstraße einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt, weil ihm eine Kahlfrange dagegen fiel und ein 18 Jahre alter Schlosser, der in einem Verlebe an der Waldhofstraße bei Arbeiten mit einem Schraubenschlüssel rückwärts gegen eine Maschine stürzte und einen Rippenbruch erlitt.

*** Beinbruch beim Turnen.** Ein 9 Jahre alter Knabe sprang gestern im Hofe eines Hauses in der Seidenbühnenstraße von einer Kletterstange so unglücklich auf einen Sandhaufen, daß er einen Bruch des rechten Unterschenkels erlitt.

*** Vorfall beim Überfahren des Frähdammes!** Im Laufe des letzten Tages wurden an verschiedenen Stellen der Stadt drei Personen, die beim Überqueren der Frähdamm die erforderliche Vorsicht außer Acht ließen, von Personentransporten bzw. einem Radfahrer angefahren und leicht verletzt.

*** Die evang. Landeskirche und der Volkstrauertag.** Auch in diesem Jahr soll am Sonntag Reminiscenz wieder ein Volkstrauertag veranstaltet werden. Der Evng. Oberkirchenrat empfiehlt deshalb den Kirchgemeinderäten, Kirchenvorständen und Geistlichen, den Gottesdienst am 4. März dem Volkstrauertag entsprechend zu gestalten und dabei der im Krieg Gefallenen zu gedenken. Auf diesen Tag ist zugleich die Erhebung einer Kollekte angeordnet, die zum Teil für die Zwecke der Kriegsgräberfürsorge, zum Teil für besonders durch den Krieg geschädigte Gemeinden der evang. Landeskirche bestimmt werden soll.

Veranstaltungen

Rheinischer Automobil-Club e. V. Mannheim

Die Uebelle zeigte einmal wieder, daß sie nicht nur den Zwecken als Kabarett dient, sondern auch für Veranstaltungen geschlossener Gesellschaften sehr wohl geeignet ist. Am Samstag vor acht Tagen hatte sie ein buntes Gewand angelegt, um den Angehörigen des R. A. C. ein recht freundliches Bild zu bieten. So war es auch recht erfreulich, daß der Besuch des „Kabarettis zum geplatzen Pucumatic“ ein sehr guter genannt werden kann. Das gesamte Januarprogramm wurde unter Begleitung der Künstlerkapelle aufgeführt, die auch in den Pausen zum Tanz aufspielte. Der Abend brachte mancherlei Überraschungen. Besonders hervorgehoben sei die Maske „Lena Modestana“, die in lebenswüerdiger Weise von der Firma Hirschland gestellt wurde. Große Heterkeit erfüllte die Räume, als sich den Damen dreißig „Diktöpfe“ zur Auswahl präsentierten. Auch eine „Musikprobe“ der Jazz, der sich einige Damen unterzogen, fand Beifall. Darnach wurde nach lange der Göttin Terpsichore der schuldige Tribut gezollt. Auch dieser Abend zeigte wieder, daß man im R. A. C. nach arbeitsreichen Tagen frohe Stunden verleben kann.

*** Die arden Kappenaende im Rosenarten** beinamen am kommenden Sonntag im Uebelunsaal mit einer karnevalistischen Launa des „Genier Rats“, der unter Vorantritt des deutschen Uebel und bewacht durch eine eldene Garde seinen Einzug halten und gastweise im „Welttheater“ auftreten wird. Aus diesem Anlaß wird ein arden humoristisches Programm dargeboten mit dem Schwerpunkt in ardenistischen Uellenreden einheimischer und auswärtiger Karren unter dem Vorsitz der „Rheinischen Kanone“ Fritz Schlotthauer, Alacmeine Schunfelleber, Gesandtschafts- und Landdarbietungen bereichern das Programm dieser Veranstaltung. Sie wird auch in diesem Jahre bei wärdigen Eintrittspreisen allen Nichtbesuchern der arden Maskenbälle die erste Gelegenheit geben, in der arden „Welttheater“-Rekdecoration mit ihren Uebelunsaal- und sonstigen Ueberraschungen einen karnevalistischen Abend mitfeiern zu können.

*** Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung.** Wie das Städtische Nachrichtenmittel teilt, treten aufgrund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Juli 1927 auch neue Bestimmungen über die Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung in Kraft. Besonders hervorzuheben ist, daß für alle Beschäftigtenabhältnisse, die vor dem 1. Oktober 1927 oder später nach dem früher geltenden Bestimmungen für versicherungsfrei erklärt wurden, die Versicherungsfreiheit am 31. März 1928 endet. Wird die Versicherungsfreiheit hierfür über diesen Zeitpunkt hinaus beantragt, so ist dies längstens am 29. Februar 1928 die Anträge zu wiederholen. Am Ubrigen wird auf die Bekanntmachung des Arbeitsamtes Mannheim in dieser Nummer hingewiesen.

*** Konsularische Vertretung des belandischen Meieriums** sind die Beiräte der belandischen Konsulate in Karlsruhe und Mannheim nunmehr durch abacarent, daß dem Konsulat in Mannheim die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach, die Ubrigen Kreise aber dem Konsulat in Karlsruhe angeteilt sind.

*** Aufhebung des Sichtvermerkzwanges mit Norwegen.** Durch Vereinbarung zwischen der belandischen und der norwegischen Regierung ist der Sichtvermerkzwang für die belandischen Staatsanachörtern mit Wirkung vom 1. Februar aufgehoben worden. Die Anachörtern des einen Staates können demnach das Gebiet des anderen Staates über die amtlich auszufällenen Grenzüberanstalten jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Dreimastpasses, aus dem sich die Staatsanachörtern des Anabers ermanntfrei erant, ohne Sichtvermerk des Geankstaates betreten und verlassen. Die Verantwärtung bezieht sich nur auf die Anhaber von Nationalpässen, nicht von sogenannten Fremdenpässen (Reisepässe für Ausländer). Nationalpässe werden nur an Personen ausgestellt, deren Anachörtern zum aufstellenden Staat einwandfrei feststeht. Anachörtern des einen Staates, die nach ihrer Einreise in das Gebiet des anderen Staates dort eine Stelle antreten wollen, müssen im Besitz einer von der zuständigen Vertretung des Aufenthaltsstaates im Ausland vor dem Grenzübertritt behaltenden Aufzeichnung der Bewilligung zum Aufenthalt an dem betreffenden Ort sein. Sammelstellen werden als Vorkontrollstellen nach Norwegen die Grenzstationen des Grenzkontrollpostens in Oslo erforderlich.

*** Freiwilliger Tod.** Gestern vormittags wurde ein verheirateter Kaufmann in der Küche seiner Wohnung in der Redarstadt tot aufgefunden. Er hatte sich eingehalten und den Gashahn geöffnet. Territtete Familienverhältnisse sollen die Ursache der Tat sein.

Theater und Musik

Städtisches Theater Heidelberg. Paul Kornfelds Komödie „Kilian“ oder „Die gelbe Rose“ ist eine Satire auf Uebervorgänglichkeiten unserer Zeit, die sich oft vom Reichum an Wörtern über die Inhaltlosigkeit und geistige Armut des Hochabengeltungs binnentauschen löst. Die Satire wird fast zur Groteske, wenn, wie im Kilian, ein Mensch sich an den Phrasen seiner eigenen Höflichkeit dank der kritiklosen aber umso sensationellere Umwelt begnügt und in fast erschöpfende Selbstüberhebung hineinsteigert. Robert Fiß als Spielleiter hat den Grundcharakter des Stüds nach dem Schwank zu verformen, viellecht auch deshalb, weil ihm für die Hauptrollen die Darsteller und Sprecher fehlten, die das Tempo und die Dynamik der Satire verlangte. Sumalvie hat mit dem Kilian eine sehr gute Schwankfigur gebracht, Robert Fiß als Vertreter der arden Wissenschaft kam den Intentionen Kornfelds am nächsten, Karilla Manhof, Däbe Wetzmann, Wiemuth, Fiß, Laubenthal gaben gute Schwankrollen. Einler zeigte als Reporter gute Masse mit lokalem Einschlag. Das Stüdt krankt aber an der unmöglichen Frau Samson (Kella Weihen). — Die Operette hat nun auch ihren Schloer: „Lado E...“, von Ludwiga Serzer, Musik von George Edward. Das „Werk“ führt den Untertitel „Jazz-Operette“, weil in allen drei Akten eine Jazz-Band (Seifers Studenten-Band-Mannheim) auf der Bühne tütet, schlägt und klumpert. Die Lado E. ist die extravagante Tochter eines amerikanischen Eisenbahnkönigs, sie holt sich mit allerlei Kniffen den Mann, den sie will. Diese auf drei Akte verteilten Kniffe sind geschickt, aber nicht immer sparsam genug, an einem Buch verarbeitet, das dann George Edward mit der heute — wie lange noch? — aktuellen Musik der Rortrots, Blues usw. eingewickelt hat. Die Instrumentation nimmt nicht immer genügend Rücksicht auf die Stimmen, ist oft Selbstzweck, und nur ein ganz hart routinierter Kapellmeister, der rigoros da Stimmen frecht und dort hinzusetzt, den Instrumentalpart nach seinem Ensemble behandelt, wird die Musik zur Wirkung bringen. Herbert Charlier, mit einem Klappria dünn besetzten Streichorper besetzt, hält das Ganze — soweit bei dem unferligen Stadium der ganzen Operette davon die Rede sein kann — gut in Schach, setzt sich als guter Rhythmusler, Fred Schulze-Holz hat als Requisiteur glänzende Ideen, die Ausführung scheitert aber oft an der Lücke des Objekts. Er selbst (als Johnny) vollzieht und tanzt über die Bühne, daß man seine belle Freude daran hat. Die weiblichen Hauptrollen landen in

Delene Keffert (Lado E.) und Marga Mayer (Lilian) ausgezeichnete Vertreterinnen. Für den Lord Schellen bringt Hans Rowak als häßliches Posthum seine schlanke Figur mit, im Spiel wurde er im Laufe des Abends immer freier, im Ubrigen — er ist halt kein Operettentor. Von den Ubrigen Mitwirkenden seien noch Lautenthal als geandter Vater und Fiß als vornehmer Lord kent lobend erwähnt. Das Publikum zeigte harte Freude, sicher vor allem am Milieu und der schlagartigen Musik.

Viertes Gesspiel der Pälzisch-Städtebundoper in Ludwigshafen. Auch diesmal ein gutbesetztes Haus, herrlicher Beifall, eine gute Aufführung! Für sie zeichneten Kapellmeister Moralt und der Oberspielleiter Franz Schwerdt in gleich affektlischer Weise. Moralts Staatsführung war erfreulich festlich, nur hier und da etwas did aufgetragen, woran die Unkenntnis der Raumverhältnisse wohl die Hauptschuld hat. Der Gang der Handlung — viel ist nicht da! — war so flott als möglich: wir reden vom „Don Pasquale“, Donzellis Meisteroper neben der „Regimentschöner“. Es fällt dem ehemals weltberühmten Heigenossen Rossini doch allerdings ein: die Musik ist farbig, geist, und effektvoll zuweilen. Doch die Langweiligkeit des Textes wählte sie nicht ganz zu beheben. Immerhin ist der „Don Pasquale“ ein Repertoireoper, bei der ein Ensemble zeigen kann, ob es singen, ob es musizieren kann. Das die Städtebundoper das kann, vielsach sogar sehr gut kann, freut und freut! Die vier Darsteller sind und nicht fremd: Nora Grubn singt alsewege musikalisch geschmackvoll und durchaus sicher. Dafür nicht immer absolut schön — was auch andern passiert! Walter Benzlawski möchte es mit der Stimme allein machen. Genügt aber nicht immer, so schön, so groß, so heldlich sie ist. Eine gewisse Freiheit in Deklamation und Spiel muß er sich noch erarbeiten. Eugen Schärer spendet immer einen echten „bel canto“. Aber warum so wenig Leben und Wärme im Spiel? Und Otto Kempf, der Träger der Titelrolle, wehlt seine langweiligen Bah ebenfalls gut zu gebrauchen und — ein schönes Plus! — in den Dienst von Deklamation und Spiel zu stellen. — Bleibt noch ein lobendes Wort für die ausgezeichneten Bühnenbilder. Nur sollte man Bäume sich lieber nicht bewegen lassen, wenn sie es nicht natürlicherkarta bringen! Sehr schöne Raumeffekte bei der Gartenzene, die Ubrigen auch gefanglich sehr wirkungsvoll geriet. Stellenweise sogar ein ideales Zusammensingen von Nora Grubn und Eugen Schärer. Eine wertvolle Gesamtleitung! Dr. B. E. B.

Kunst und Wissenschaft

Freiburger Museumpläne. Nach einem ausführlichen Bericht des Bürgermeisters Dr. Dolner an den Freiburger Stadtrat über die Möglichkeiten einer Reanteriorierung und Aufstellung des Museums für Natur- und Völkerkunde in die ehemalige Löhna, die auf die Dauer eine allen Anforderungen genügende und museumentlich geradezu ideale Ausstellung dieses Museums und der außerdem noch unterzubringenden prähistorischen und römisch-germanischen Abteilung ermöglicht, die Einrichtung des Adelhauser Hofes und der Verberanstaltung für Sammlungsarbeiten. Dieses Projekt erfordert jedoch einen Aufwand von 420 000 Mk. Bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt und der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung erscheint es fraglich, ob dieses Projekt durchgeführt werden kann. Von den verschiedenen Vorschlägen für ein Provisorium ist der am vorteilhaftesten, der eine etappenweise Durchführung des Gesamtprojekts vorsieht. Das würde aber nötig machen, daß arden Teile der Sammlungen einzuweisen magastriert werden und der Öffentlichkeit unzugänglich bleiben müßten. Bevor der Stadtrat sich endgültig entscheidet, soll deshalb noch mit Reich und Land über die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung verhandelt werden.

In der Berliner Akademie der Künste ist, wie unter Berliner Büro mittel, die Oesterreichische Kunstausstellung eröffnet worden, die im Verein mit dem Oesterreichisch-Deutschen Volksbund von der Akademie der Künste veranstaltet wird. Es handelt sich um eine Ausstellung der Oesterreichischen Kunst, die die Zeitspanne von 1700 bis 1928 umfaßt. Die Einführungsrede hielt der greife Bierermann, der darauf verwies, wie die Oesterreichische und das, was man heute reichsdeutsche Kunst heißt, Geschwister sind, die viellecht verschiedene Idiome sprechen und bisweilen auch mit Temperament von einander abwechseln, doch aus derselben deutschen Seele gepfecht werden. Warm und werbend sprach dann der deutsch-Oesterreichische Gesandte Dr. Franz von dieser Ausstellung. Er betonte, daß die deutsch-Oesterreichische Kunst immer deutsch geblieben sei und daß das deutsche Wesen sich nicht nur in der Macht und in politischen Geschäften offenbare, sondern sehr wesentlich auch im Kulturleben, ohne daß die Deutschen überhaupt nicht zu existieren vermöchten. Abschließend hielt der Kultusminister Dr. Decker noch eine kleine Vorlesung über Kunst.

Wir verkaufen
auch nach dem
INVENTUR-AUSVERKAUF

hochwertige Ware
zu billigen Preisen.



A. H. WOLFF & Co.

Das Haus eleganter Damenmoden

C 1, 1 MANNHEIM Tel. 33895

Tägl. Eingang eleganter Frühjahrsneuheiten.

Wir bitten um Besichtigung unserer 8 Schaufenster

Wer bekommt nächste
Mode neuzeitl. un-
verfälschte Mitnahme
ein. Schals, u. Röcke
von Waldhadi nach
Rücker-17 *3005
Preisnachbete umt.
G F 61 an die Ge-
schäftsstelle 28. St.

Brillanten

Perlen, Gold, Silber,
Platin, Zahngebisse,
Onyxgemälde, Porzellan-
lanc, Pfandstücke,
Altertümer u. Sonstiges
kauft, tauscht und verkauft
streng reell 2142

Günther Sommer
Qu 4, 1, II.

Unterricht

Neue Kurse beginnen
Anfang Februar
Buchführung (alle Syst.),
Scheck- u. Wechsellehre
Einheitskurzschrift
Maschinenschreiben
Schönschreibschreiben
Rechtschrift usw.
lehrt niemand besser
und schneller als

J. Grone

Wetzheim, Kappelerstraße 19
2. u. 3. u. Hauptbahnhof.
Der Unterricht wird
in kleinen Abteilungen
erlaubt in bequemer,
kurzwärmer, abt. u.
bei trübem Wetter
sonnenhell erleuchteten
kühlen Räumen an
Knochen u. Mädchen u.
18. Lebensjahre an
sowie an Damen u.
Herren im Alter bis
zu 40 u. oft noch mehr
Jahren. 2143

Geldverkehr

Mittel, Raubfahndung
auch zum weiteren
Kauf von ca. *2015
8-10 000 Mark
auf 1 Jahr oder gute
Verzinsung u. Gewinn-
beteiligung. Sicher-
heiten vorhanden.
Kauf u. R B 101
an die Geschäftsstelle.

Mark 100—
bei Abzahlung einer
Lebensversicherung, ngl.
Kauf u. R B 45
an die Geschäftsstelle. *2023

Wer leiht Geld?
mann *2025

300 Mark

auf 1 Jahr b. Sicher-
heit. Kauf u. R B
6 106 an d. Geschäftsstelle.

40 Jahre
1888—1928

Morgen beginnt unser
**Jubiläums-
Verkauf**

Unser Prinzip

**nur beste Qualitäten
zu niedrigsten Preisen**

zu führen, hat den Ruf unseres Hauses begründet.

A. Würzweiler Nachfg.

am Paradeplatz

Bestecke — Schmuckwaren

Ia. versilb. Erbestecke

- 6 St. Eßöffel 7.50
- 6 St. Eßgabeln . . . 7.50
- 6 St. Eßmesser . . . 11.25
- 6 St. Kaffee-Löffel . 4.50
- 6 St. Dessert-Gabeln 7.—
- 6 St. Dess.-Messer 10.50
- 1 St. Vorleger 6.—

Ia. Versilberung

Entzück. Perikollier 3.—
mit silbernem Schloß

Perlarmband . . . 2.—

Perl-Ohr-Ringe . . 2.—

Ia. vergold. Armband 1.25
mit farbigen Steinen

eleganter Perl-Ring 2.—
echt Silber

elegante Perikette 3.50
1,50 m lang

**800 gestempelt
echt silberne Bestecke**

Tortenheber . . . p. St. 1.75

Kuchengabeln . . . p. St. 1.65

Brotgabel p. St. 1.65

Butt. u. Käsebest. p. P. 3.—

Salzbestecke . . . p. P. 6.—

Obstbestecke . . . p. P. 3.—

Zuckerstreuer . p. St. 2.50

**Salzfäßchen mit echt
silb. Deckel . . . 3 St. 1.—**

Silberwaren-Vertriebs G. m. b. H. D 3, 10

An den Planken

Vermietungen

Büro, Lager
oder
Werkstatt

solus zu vermieten.
Marco Hof,
Häckerstraße 79.
Tel. 32 872

Lagerraum
auch für Büro geeig-
net, m. o. ohne Zell.
solus zu verm. *2048
H 7 912, 29.

Gut möbl. Zimmer
Balkonmöbel zu ver-
mieten. Gestrichel.
L. 12. & III. *2710

2 schöne Zim. m. Küche

unmöbl. bei allein-
stehender Dame in
bester Villenlage an
stiller Straße 100 A
abzugeben. *2318

2 Zimmer m. Küche
in Villa, Hof, 4 St.,
Küche, Bad, W.C.,
an st. Ehepaar zu
verm. Preis 2000. Tel.
3121. Kauf u. R B 40
an die Geschäftsstelle. *2440

Leeres oder möbl. Zimmer
mit elektr. Licht, be-
schönigtem, in gut.
Vogel am Friedrichs-
park, an herrl. Wie-
derhol an verm.
Kauf u. R B 45
an die Geschäftsstelle. *2715

Schön möbl. Zimmer
mit el. Licht, in
verm. Eichelhäuser-
straße 17 3 Tr. rechts
*2024

Gut möbl. Zimmer
an sol. Herrn u. sol.
an verm. Tel. u. Tel.
verm. Preis 2000. Tel.
3121. Kauf u. R B 40
an die Geschäftsstelle. *2440

Großes Zimmer
mit elektr. Licht, sep.
Eingang, auf d. Plank-
en (sol. als Büro an-
zunehmen) *2017
D F Nr. 8, III.

**Sehr schön, gut möbl.
ZIMMER**
an sol. Herrn oder
Dame zu vermieten.
Hauptstr. 20, 2 Tr.
*2023

Gut möbl. Zimmer
in gut. Lage, Nähe
Königsplatz, sol. an ver-
mieten. Kaiserstraße.
Nr. 3, III rechts.
*2007

Möbliertes Zimmer
an herrl. Herr, sol.
zu vermieten. *2028
U 8, 2, 2, Hof 11A.

Wingerricht. Büro
mit Tel., el. Licht etc.
l. an verm. *496
G 8, 2, 1.

Möbliertes Zimmer
m. el. Licht u. l. 2.
zu vermieten. *2453
200, Wasenstr. 2.

Gut möbl. Zimmer
an herrl. Herrn od.
Herrn, an verm. *2480
Häckerstraße 103 III
bei Rückwärts.

Eine Schlafstelle
an herrl. Herrn an
vermieten. *2040
Hauptstr. 41, Paben.

Möbliertes Zimmer
mit el. Licht, Balkon-
möbel, sol. an verm.
Hauptstr. 10, 1. Tr.
*2070

**Gut möbliertes
Balkon-Zimmer**
an vermieten. *2020
H 8, 2, 2, 1 Tr. 12A.

Vermischtes

Amicitia-Saal
f. Samstag 18. Febr.
noch zu veruchen.
Barber, N 2, 10.
*2021

**Rear elegante
Herren- u. Damen-
Masken u. Dominos**
verleiht. *2159
Viel Raum C 4 81 V

**W a s e r u
Unsern u. Wöhl.
rotte Seite, Via 42,
zu verleiht. Ver. Höl-
zerstr. 12—14, IV, 116.**

Masken
zu verleiht von An-
fertigung. Neumann,
Friedrichstraße 7.
*2024

**Montags-
Kegel-Gesellschaft**
im Stadthaus sucht
noch 2—3 Herren,
Eintrag, erst u. F
Q 45 an d. Geschäft.

Teilhhaber
für oder für, von
ausführlichen In-
teressierten mit RM.
1000—2000 Einlage
gekauft. *2028
Angebot unter F
H R 28 an die Ge-
schäftsstelle 28. St.

Aussteuer-Tage!!

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf von
Braut-Ausstattungen, daher lohnend für den
späteren Bedarf. — Es gelangen **nur erstklassige
Qualitäten** zum Verkauf. Infolge

**eigener Anfertigung sämtlicher
Damen, Herren-
und Bettwäsche**

biete ich selbst in den billigsten Preislagen gute,
strapazierbare Qualitäten zu außerordentlich
niedrigen Preisen. — Anfertigung vollständiger
Braut-Ausstattungen in jeder Preislage.

Als außergewöhnlich billig biete ich an:

Damen-Wäsche

- Garnituren in verschiedenen Ausführungen
- Taghemden RM. 4.50 3.75 3.25 2.75 1.90 **1.70**
 - Beinkleider RM. 4.25 3.50 3.00 2.50 2.25 **1.90**
 - Nachthemden RM. 3.25 2.50 2.00 1.50 1.20 **2.90**
 - Untertaljen RM. 2.00 2.50 2.10 1.60 0.90 **0.50**
 - Taljen-Röcke RM. 2.50 2.75 2.25 1.50 1.20 **3.90**

Bett-Wäsche

- Kissen-Bezüge reich bestickt oder festoniert **1.90**
RM. 4.75 3.50 2.90 2.00
- Oberlaken zu den Klassen passend **7.50**
RM. 11.25 10.50 9.50 8.50
- Schlafdecken in reichster Auswahl **4.25**
RM. 10.50 12.50 8.75 7.00
- Kamelhaar-Decken gar. rein Kamelhaar **29.50**
RM. 42.— 44.— 46.— 54.—
- Steppdecken in bester Ausführung **16.75**
RM. 35.— 33.— 25.— 19.50

Herren-Wäsche

- weiße Oberhemden RM. 9.25 8.75 7.50 6.75 **5.90**
- bunte Oberhemden RM. 7.75 6.50 5.50 4.90 **3.80**
- Popeline-Oberhemden RM. 10.50 10.50 9.00 8.75 **7.75**

- Tisch-Wäsche**
in Leinen und
Halbleinen
- Wäsche-Stoffe**
in großer Auswahl
zu niedrigen Preisen



Q 1, 7 gegenüber dem alten Rathaus (Breitestraße)

**Wahrheit in der Reklame
zeitigt Dauerwirkung**



Warum Burnus?

Man schont die Wäsche ganz bestimmt,
Wenn man zum Weichen BURNUS nimmt!

Burnus ist nicht nur frei von allen scharfen Chemi-
kalien, sondern reduziert auch das Kochen,
Dürren, Reiben auf ein ungefährliches Mindestmaß
und erspart ein schädliches Bleichen. Also
leichteres Waschen und größere Schonung!

Das organische
Wäsche-Einweichmittel
BURNUS D.R.P. Anzeig
4

Achtung!

Ausschneiden! Es folgt:
4000 Mk.-PREISAUSSCHREIBEN
AUGUST JACOBI A.G. DARMSTADT.